

Wie kann man die Eskalation aufhalten?

Gastbeitrag: „Willy Brandt weist den Weg“, FR-Meinung vom 6. Oktober

Warum folgt die Nato nicht ihren eigenen Statuten?

Es ist gut, dass der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ausgewiesene Friedensforscher Mützenich sich auf Willy Brandt bezieht. Er begründet nachvollziehbar, warum „deutsche Diplomatie“ unerlässlich ist. Aber Diplomatie, politische Verhandlungen, Mäßigung in militärischen Dingen scheinen nicht die aktuellen Anliegen der Nato-Staaten zu sein. Immer mehr und „schwerere“ Waffen finden ihren Weg ins ukrainische Kriegsgebiet. Das ist erklärter politischer Wille dieses Bündnisses. Damit wird eine eskalierende militärische Auseinandersetzung weiter befeuert, die das Zeug zu einem Dritten Weltkrieg in sich trägt. Zuletzt eskalierte der Konflikt mit der Sabotage an Ostsee-Gaspipelines. Nur ein „staatlicher“ Akteur war zu diesem ungeheuerlichen Umweltverbrechen fähig. Eine weitere Eskalation muss verhindert werden: Bomben auf ein Atomkraftwerk – vorzugsweise in der Ukraine? Das Agieren der Nato-Staaten (auch des Nato-Mitglieds

Bundesrepublik) erstaunt, weil es so gar nicht den erklärten Intentionen und dem Nato-Statut entspricht, das die Mitglieder auf „friedliche Konfliktlösung“ festlegt. Der grundlegende Artikel 1 des Nato-Vertrags lautet deshalb: „jeden internationalen Streitfall (...) auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten.“

Was hindert die Nato-Staaten daran, ihren hehren Grundsätzen zu folgen? Warum äußert sich zivilgesellschaftlicher Druck zur friedlichen Konfliktbeilegung nur zögerlich und dringt nicht ins öffentliche Bewusstsein? Und entspricht das aktuelle Handeln unserer Regierung den Regelungen und Intentionen unseres Grundgesetzes, wie sie in den Artikeln 24 („Kollektives Sicherheitssystem“), 25 („Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts“) und Art. 26 GG („Verbot des Angriffskrieges“)? niedergelegt sind? Über die UN-

Mitgliedschaft ist unser Land beispielsweise verpflichtet, dazu beizutragen, dass „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges“ bewahrt werden und der „Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren“ sind! Thomas Ewald, Nidderau

Menschliches Leid ist kaum relevant

Die Nato bietet Russland die Stirn. Dies ist eine Reaktion auf den Angriffskrieg Putins. Ich gehe davon aus, dass Putin den Krieg als Chance sieht, die russische Wirtschaft anzukurbeln. Die enormen Kosten gehen zu Lasten der Bevölkerung, bringen aber enorme Gewinne für die Oligarchen der Rüstungsindustrie. Spiegelbildlich ist auch die Rüstungsindustrie des Westens an Aufträgen interessiert. Leider gibt es beiderseits große Profiteure auf Kosten der Ukraine und all der Opfer. Auf dem politischen und wirtschaftlichen Schachbrett ist menschliches Leid kaum relevant.

Herbert Terhag, Köln

Diskussion: frblog.de/ukraine-3



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221011

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Auch im Livestream unter: fr.de/hebelstunde
Donnerstag, 13. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Bascha Mika ist zu Gast in der Sendung „Studio 9 – Der Tag“ und spricht über aktuelle Themen.
15. Oktober, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Boris Halva moderiert die Veranstaltung „Wasserpfade// Querflüsse – Die Besonderheiten der heimischen Binnengewässer“. Autor und Umweltjournalist Torsten Schäfer liest aus seinem Buch „Wasserpfade“, und der Fotograf und Reisejournalist Jens Steingässer erzählt von seiner Faltboot-Tour vom Odenwald an die Ostsee, über die er das Buch „Querflüsse“ geschrieben hat. Info, Tickets: centralstation-darmstadt.de
Sonntag, 16. Oktober, 19 Uhr,
Centralstation, Im Carree, Darmstadt

Wer blockiert in Berlin?

Friedensfragen: „Schwarz ist der Reichste“, FR vom 7. Oktober

Ja, der soziale Frieden ist gefährdet. Finanzielle Unterstützung ist hochnotwendig, jedoch nicht nach dem Gießkannenprinzip. Alle Rentner/innen sollen beachtet werden, unterschiedslos, ob sie – sicher die meisten – Unterstützung brauchen oder besergestellt sind.

Frank Werneke schreibt: „Entscheidend ist auch eine gerechte Steuerpolitik, Abschöpfung von Übergewinnen und ein Energiesoli für Spitzenverdiener.“ Die Übergewinn-Abschöpfung ist offenbar ein Tabuthema in der Koalition; ebenso ein Energiesoli. Dies würde bedeuten – wie nach dem Zweiten Weltkrieg – ein Gesetz zum Lastenausgleich.

Laut Notiz über die derzeit reichsten Familien beträgt deren Gesamtvermögen insgesamt 103,3 Milliarden Euro; das wäre doch schon mal etwas. Interessant wäre zu erfahren, warum bzw. durch welche der drei regierenden Parteien hier blockiert wird.

Jutta-Maria Roth, Königswinter

Der größte Wohltäter

Voltaire: „Ein einziges riesiges Schafott“, FR-Feuilleton vom 30.9.

Voltaire hätte mehr verdient! Ihm Ruhmsucht, Heuchelei, Eitelkeit etc. anzudichten, ist mehr als geschmacklos. Es ist falsch. Der durch Schreiben erfolgreiche Voltaire hat auf seinem Gut in Ferney 300 Flüchtlinge beherbergt und auf seine Kosten zahlreiche Prozesse für Justizopfer seiner Zeit geführt. So ist er zum Begründer des modernen Strafrechts geworden. Von allen Autoren der Weltliteratur ist er der größte Wohltäter gewesen. Gegen Rousseau, der ihn als „Giftmischer“ in den Dreck zog, hat er sich sachlich verteidigt. Den politischen Shakespeare hat er ausführlich kommentiert und übersetzt. Für die Juden („holocaustes“, 1756) hat er ein Leben lang gekämpft und ihnen den wunderbaren Satz gesagt: „Meine Freunde, ich bitte Euch um Vergebung für die abscheulichen Verbrechen, die wir (!) durch Jahrhunderte hindurch euch angetan haben.“ Gegen die Kriegstreiber Friedrichs des „Großen“ hat er „im Staub gekämpft“. Verkennung und Herabwürdigung Voltaires gehören leider immer noch zum guten Ton.

Hermann Hofer, Marburg

SORRY

In unserem Artikel „Im besten Fall ein Anfang“ (12.10, S.4) zur Einigung zwischen Israel und dem Libanon haben wir Michel Aoun zum Präsidenten Irans ernannt. Er ist natürlich Präsident des Libanon, wenn auch nicht mehr lange.

Ein Rückzug aus Groll ist nicht hilfreich

Erwiderung zum Thema „Zweifel an der Demokratie“: „Wer hat, dem wird gegeben“, FR-Forum vom 11. Oktober

Umfragen berichten von wachsenden Zweifeln in der Bevölkerung an der (repräsentativen) Demokratie. Leserbriefschreiber Just versteht diese Zweifel angesichts der Zurückweisung von Volksbegehren wie zum Thema Verkehrswende in Hessen und Ungerechtigkeiten im Steuersystem wie im Bereich Erbschafts- und Schenkungsteuer. Es ließen sich weitere solcher Ungerechtigkeiten und Abwehrreaktionen bzgl. unserer direkten Demokratie aufzählen. Rechtfertigt dies aber die Zweifel am politischen System? Gibt es in anderen Herrschaftssystemen weniger oder keine Ungerechtigkeiten?

Geht es in der Schweiz mit einer starken direkten Demokratie gerechter zu? Welches System ist gerechter und volksnäher, schlichtweg besser? Wer „grundsätzliche“ Kritik äußert, sollte m.E. auch eine bessere Alternative benennen.

Ich sehe unseren und die meisten Staaten der Welt so organisiert: „Geld regiert die (kapitalistische) Welt!“. Das kommt auch in der Überschrift „Wer hat, dem wird gegeben“ des Leserbriefs zum Ausdruck. Ja, wir sollten in unserer Demokratie mehr direkte Formen ermöglichen. Und vor allem: Wir sollten unser Wirtschaftssystem so ändern,

dass es stärker dem Gemeinwohl verpflichtet wird und Formen wie Genossenschaften, Baugemeinschaften usw. stärkt – vor allem in lebenswichtigen Bereichen wie Grund und Boden, Wohnen, Energie, Lebensmittel, Mobilität.

Dazu braucht es ein klares Votum und möglichst auch ein Engagement für Parteien, die dies umsetzen wollen, durch die Wähler und nicht einen Rückzug im Groll, die Enthaltung bei Wahlen oder gar die Protestwahl der AfD.

Ullrich Horstmann, Gudensberg

Diskussion: frblog.de/niedersachsen

Wenn einer keine Kritik verträgt

Vergleich mit Nagetier: „Erdoğan zeigt Kubicki an“, FR-Politik vom 1. Oktober

Unter „Kanalratte“ versteht man umgangssprachlich eine abstoßende, ungepflegte Person. Ein Kompliment ist das sicher nicht, eine sachliche Diskussion bewirkt ein solcher Vergleich in der Regel nicht. Mit der „Kanalratte“ verknüpfte Kubicki die Befürchtung, dass Erdoğan eine neue Flüchtlingswelle auslösen könnte. Später behauptete er, eine Kanalratte sei „ein kleines, niedliches, gleichwohl kluges und verschlagenes Wesen“. Eine euphemistische Deutung.

2016 hatte Erdoğan den Satiriker Jan Böhmermann in Deutschland verklagt. Gegen den deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel läuft in Istanbul ein Verfahren wegen Präsidentenbeleidigung. Bei Beleidigung muss man in der Türkei bis zu viereinhalb Jahren Gefängnis rechnen. Beinahe 200 000 Verfahren wurden seit 2014 eingeleitet. Oft genügen vergleichsweise harmlose kritische Äußerungen. So gibt es ein bekanntes Sprichwort, das Erdoğan auf sich selbst bezieht: „Wenn ein Ochse in den Palast einzieht, wird er damit nicht zum König. Vielmehr wird der Palast zum Stall.“ Der Fernsehjournalist Sedef Kabas rezitierte das Sprichwort im Januar dieses Jahres und wurde prompt verhaftet.

Böhmermann verfasste 2016 ein Schmähedicht auf Erdoğan. Es war überwiegend unter der Gürtellinie und führte dazu, dass Erdoğan Strafantrag gegen Böhmermann stellte. Bundes-

kanzlerin Angela Merkel gab die Ermächtigung zum Strafverfahren wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes. 2016 stellte gab die Staatsanwaltschaft Mainz das Ermittlungsverfahren ein. Das Gedicht habe satirischen Charakter, überschreite allerdings die Meinungsfreiheit. Zivilrechtlich bestätigte das Landgericht Hamburg im Februar 2017 das Verbot für Böhmermann, die Ehre verletzenden Verse des Gedichtes gegen Erdoğan zu wiederholen.

Insgesamt sollte man mit Rattenvergleichen nicht kommen, schon gar nicht gegenüber Politikern, die keine Kritik vertragen. Die Dauertiefschläge von Böhmermann sind nicht sinnvoll. Christian Schauer, Alzenau